

Der Zerstörungspolitik Einhalt gebieten!

Redebeitrag vor dem SEZ

Liebe Anwesende, uns vereint eine einzige Forderung: Dieser Abriss, der hier in Gang gesetzt wurde, ist sofort zu stoppen!

Wer sind wir? – Manche Zeitungen schreiben gerne, wir seien grauhaarige Nostalgiker, die an der Vergangenheit hängen und nicht lernfähig sind. Nichts kann falscher sein als eine solche Beurteilung. Denn uns geht es gar nicht um die Vergangenheit (die ist vergangen), sondern um die Zukunft und die unserer Kinder. Und gerade junge Leute, die von einer düsteren Zukunft noch viel stärker betroffen sein werden als wir älteren, unterstützen uns immer mehr.

Hier hinter uns steht ein einmaliges Sachzeugnis der Zeitgeschichte, das in der Endphase des Kalten Krieges entstanden ist und das dokumentiert, was seinerzeit im Rahmen der Politik der Entspannung alles möglich wurde: nämlich systemübergreifende Kooperation statt Konfrontation. Die gilt es zu untersuchen und aufzuarbeiten und zu befor-schen, weil für die Zukunft daraus zu lernen sein kann.

Zahlreiche Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen Schlange (nicht nur inter-essierte Architekturstudenten, sondern auch Vertreter anderer Disziplinen), melden sich manchmal auch bei uns mit Ideen zu konkreten Forschungsprojekten und müssen dann erfahren, dass auch ihnen – also der Wissenschaft genauso wie der gesamten Öffentlichkeit – jeder Zutritt zu diesem Artefakt verweigert wird.

Nun soll der gesamte Forschungsgegenstand vernichtet werden, und die dafür Verant-wortlichen müssen sich fragen lassen, warum sie be- oder verhindern wollen, dass aus der Geschichte Erkenntnisse für die Zukunft gewonnen werden können. Wenn das die Regierungspolitik ist, dann kann einem schon angst und bange werden. Wissenschafts-feindlichkeit – das ist nur einer der Vorwürfe, die dieser Sorte von Politikern gemacht werden müssen.

Als einziges Argument für die angebliche Unvermeidlichkeit des Abrisses wird die Woh-nungsnot und Wohnungsneubau ins Feld geführt. Der Berliner Senat und zahlreiche Abgeordnete verstecken sich dahinter, als wüssten sie nicht, dass durch den Neubau von Wohnbauten keine einzige geförderte Sozialwohnung zusätzlich entstehen wird. Denn bei dem gegenwärtig erreichbaren Tempo werden Jahr für Jahr immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen und unbezahlbar werden als neue entstehen können.

Und der sogenannte »Bauturbo« verdient diesen Namen nicht, weil er lediglich ein Ge-nehmigungsturbo ist. Wenn es dem Bausenator wirklich um sozial verträgliches Wohnen ginge, würde er sich um den riesigen Leerstand in bewohnbaren Gebäuden kümmern.

Wer dieses wunderbare Bauwerk so kurz vor der Wahl abreißt (entgegen dem erklärten Willen großer Teile der Bevölkerung in Ost und West und gegen den Rat der gesamten Fachwelt),

- der greift die Demokratie an (mit allen schlimmen Folgen, die daraus resultieren),
- der greift den Rechtsstaat an,
- der greift die Umwelt und das Klima an,
- der greift die bestehende soziale Infrastruktur an,
- der greift unser historisches Gedächtnis an und begeht ein kulturpolitisches Verbrechen.

Dass er nebenbei auch noch die Lebensleistung der Ostdeutschen mit Füßen tritt, die das ganze Objekt ja erarbeitet und bezahlt haben, ist dann kaum noch ausschlaggebend, denn diskriminiert zu werden sind wir mittlerweile gewohnt, und wir können damit umgehen.

All diese Vorwürfe sind natürlich nicht justiziabel und können in diesem Land nur politisch geltend gemacht werden. Nehmen wir den völkerrechtlich bindenden Einigungsvertrag von 1990, gegen dessen Artikel 35, Absatz 2, dieser Abriss verstößt. Er besagt, die kulturelle Substanz im Beitrittsgebiet dürfe keinen Schaden nehmen. Diese Formulierung ist eindeutig. Aber was zählt schon das Völkerrecht? Das wird ja von der Bundesrepublik Deutschland seit mehr als 25 Jahren nur selektiv angewandt, immer nur dann, wenn es den Herrschenden gerade passt. – Ich will das hier nicht weiter vertiefen.

An den Berliner Bausenator auf Abruf und den Herrn von der WBM, dessen Schmutzkampagne in der Berliner Presse vor einem Jahr uns eigentlich demoralisieren und einschüchtern sollte, die aber dann zum Rohrkrepierer wurde – weil wir die Leute öffentlich aufgeklärt und ermutigt haben –, Sie, verehrte Herren des Berliner Establishments (oder – anderen Quellen zufolge – des »Berliner Filzes«), Sie betreiben die Zerstörung in der Stadt, damit wieder mal Platz geschaffen wird für neue Geschäfte und neue Profite!

Wir aber appellieren an alle besonnenen Politiker von Berlin – auch in den Parteien der schwarz-roten Koalition: Lasst uns der Politik der Zerstörung hier an symbolträchtiger Stelle deutlich Einhalt gebieten!

Letzter Gedanke: Wenn die Abrissfanatiker glauben, genau jetzt an mehreren Stellen gleichzeitig zuschlagen zu müssen, um den Widerstand aufzuspalten und zu brechen, ehe er noch weiter anschwillt, wenn sie glauben, so das Thema aus dem Wahlkampf heraushalten zu können, bevor die solidarischen Bündnisse in Berlin immer enger werden, dann sage ich ihnen:

Sie haben sich verrechnet! Wir werden uns nicht entmutigen lassen, werden weiter für die Wahrheit und die Interessen der Menschen eintreten und überall gegen Ihre Zerstörungspolitik kämpfen. – Danke.

Rede am 21. Februar 2026 für die Bürgerinitiative »SEZ für alle!« auf der Kundgebung »ES IST 5 vor 12: SEZ retten – Abriss jetzt stoppen!« an dem vor 45 Jahren am 20. März 1981 feierlich eröffneten Sport- und Erholungszentrum in Berlin-Friedrichshain.